

AK-WAHL 2024

IMMER AUF DEINER SEITE

**DEIN PROGRAMM
FÜR MEHR GERECHTIGKEIT.**



**RENATE
ANDERL** **FSG**
AK WIEN

AK-WAHL 10.-23.4.2024



VORWORT

Fast eine Million Menschen in Wien sind Mitglieder der Arbeiterkammer (AK). Sie haben in der Arbeitswelt, in der Berufsschule, beim Wohnen, in der Karenzzeit und vielem mehr Anliegen, Fragen und Sorgen. Als Arbeiterkammer stehen wir immer auf der Seite unserer Mitglieder. Wir sind da, wenn es um die Rechte der arbeitenden Menschen geht. Wenn es nötig ist, ziehen wir auch gegen Unternehmen vor Gericht.

Wir sind auch auf der politischen Bühne aktiv: Wir begutachten Gesetze, verhandeln im Rahmen der Sozialpartnerschaft, verbünden uns zu gewissen Themen mit anderen Institutionen. Welche Schwerpunkte wir dabei setzen, bestimmen unsere Mitglieder: Alle fünf Jahre können sie bei der Arbeiterkammerwahl über den politischen Kurs der AK entscheiden. In Wien ist das von 10. bis 23. April 2024 möglich.

Die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen (FSG) tritt auch 2024 wieder zu dieser Wahl an. Wir haben dafür ein Programm für die Zukunft entwickelt – ein Programm für mehr Gerechtigkeit. Es geht dabei um bessere Arbeitsbedingungen, faire Verteilung von Arbeitszeit und Einkommen, gleiche Chancen für Frauen, gute Ausbildung und Arbeit für junge Menschen und vernünftiges Handeln gegen die Klimakrise.

Mit einer starken FSG in der Arbeiterkammer können wir den Anliegen der Arbeitnehmer:innen, der Lehrlinge, der Studierenden, der Arbeitsuchenden, der Eltern in Karenz mehr Gehör verschaffen. Wir haben Lösungen für die Probleme der AK-Mitglieder und ihrer Familien.

Wir stehen immer auf deiner Seite. Überzeuge dich selbst!

Renate Anderl

RENATE ANDERL

AK-Präsidentin, Spitzenkandidatin der
FSG in der AK Wien

DIE ARBEITERKAMMER GEHÖRT ALLEN ARBEITNEHMER:INNEN

Die AK kämpft für die Rechte der Arbeitnehmer:innen in der Arbeitswelt – und dafür, dass sie gehört, gerecht bezahlt und rechtlich abgesichert sind.

Expert:innen der AK begutachten Gesetze, formulieren Gesetzesvorschläge und erkämpfen für ihre Mitglieder wichtige Arbeitsrechte. Denn faire Arbeitsbedingungen und ein gut ausgebauter Sozialstaat sind nicht selbstverständlich.

Ob es der Anspruch auf mindestens fünf Wochen bezahlten Urlaub im Jahr, die Eltern- oder Pflegekarenz ist: Vieles, was heute selbstverständlich erscheint, haben die Gewerkschaften gemeinsam mit der AK durchgesetzt.

Der AK muss man nicht extra beitreten – durch das Arbeiterkammergesetz sind alle Arbeitnehmer:innen automatisch AK-Mitglieder. Das gilt auch für Lehrlinge, Arbeitslose und Menschen in Karenz – sie alle können die gesamten Leistungen der AK nutzen.

Die Arbeiterkammer ist Teil der Sozialpartnerschaft. Gemeinsam mit dem ÖGB vertritt die Arbeiterkammer die Interessen der Arbeitnehmer:innen. Die Wirtschaftskammer vertritt die Interessen der Unternehmer:innen, die Landwirtschaftskammer jene der Bäuerinnen und Bauern. Bei dieser Zusammenarbeit geht es darum, gute Kompromisse zwischen gegensätzlichen Standpunkten zu finden.

Zum Beispiel bei den jährlichen Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu den Kollektivverträgen und Lohn- bzw. Besoldungsabschlüssen, beim Zustandekommen von Gesetzen und bei allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik (Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen etc.).

Weil viele Interessen in den letzten Jahrzehnten partnerschaftlich verhandelt und gelöst wurden, leben wir in Österreich in einem Land, in dem sozialer Frieden herrscht. Um weiter stark für die Arbeitnehmer:innen eintreten zu können, sind die AK-Wahl und deine Stimme für die FSG so wichtig.

495 Mio. €

für die AK-Mitglieder herausgeholt



Fast **4 Mio.** Mitglieder in ganz Österreich

(knapp 950.000 davon in Wien)

Über **2 Mio.**

Beratungen in den Bereichen Arbeitsrecht, Konsument:innenschutz, Steuerrecht, Insolvenzen usw.



1.478



Stellungnahmen und Begutachtungen zu Gesetzen und Verordnungen



DIE AK GEHÖRT ALLEN ARBEITNEHMER:INNEN

DAS PARLAMENT DER ARBEITNEHMER:INNEN

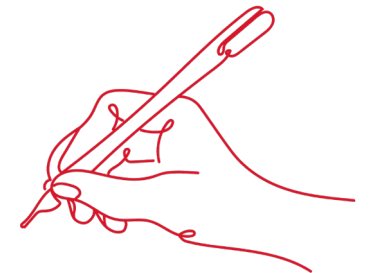
Durch das Arbeiterkammergesetz (AGK) sind fast alle Arbeitnehmer:innen, die unselbstständig arbeiten, automatisch Mitglied der Arbeiterkammer und somit bei der AK-Wahl wahlberechtigt – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft.

So läuft die AK-Wahl ab:

In ganz Österreich wählen die AK-Mitglieder alle fünf Jahre in einer direkten und geheimen Wahl ihr „Arbeitnehmer:innen-Parlament“ – ähnlich wie bei der Nationalratswahl. Es gibt verschiedene politische Gruppen oder Fraktionen. In Wien wird von 10. bis 23. April 2024 gewählt. Du kannst direkt in deinem Betrieb oder per Briefwahl deine Stimme abgeben.

In Wien besteht das Parlament der Arbeitnehmer:innen aus 180 gewählten Vertreter:innen, den Kammerrät:innen.

Von den 180 Kammerrät:innen sind 113 aufgrund des Wahlergebnisses 2019 von der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen. Die Kammerrät:innen üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus und bekommen von der Arbeiterkammer kein Gehalt, keine Abfertigung und keine Pension. Diese Kammerrät:innen entscheiden darüber, wofür sich die AK besonders einsetzen soll. Das geschieht durch Diskussionen und Abstimmungen über Anträge der verschiedenen Fraktionen und Gruppierungen im AK-Parlament, das mindestens zwei Mal im Jahr als Vollversammlung – dem Arbeiterkammergesetz entsprechend – tagt.



DEIN PROGRAMM

1. ARBEIT So wollen wir arbeiten

Kürzer und gesünder arbeiten und das bei vollem Lohnausgleich!	14
Wäre nur fair: Die sechste Urlaubswoche!	16
Arbeiten und sich weiterbilden. Ein Ding der Möglichkeit!	18
Teilzeitarbeit und Altersarmut. Raus aus der Falle!	20
Schwarz auf weiß: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!	22

2. VERTEILUNG Eine Frage der Gerechtigkeit

Steuergerechtigkeit, die für alle gilt!	28
Die Teuerung endlich stoppen!	31
Familien entlasten, Arbeit neu verteilen!	34

FÜR GERECHTIGKEIT

3. ZUSAMMENHALT Gemeinsam sind wir stark

Kinder und Jugendliche haben die beste Zukunft verdient!	40
Leistbares Wohnen ist möglich!	42
Ein gesundes Gesundheitssystem für uns alle!	45
Familien entlasten, Arbeit neu verteilen!	46

MEHR PROGRAMM Für noch mehr Gerechtigkeit



Online auf
[fsg-akwien.at](https://www.fsg-akwien.at)

***WIR SIND
IMMER AUF
DEINER SEITE***



KÜRZER & GESÜNDER ARBEITEN UND DAS BEI VOLLEM LOHNAUSGLEICH!

Seit genau 50 Jahren liegt die gesetzliche Normalarbeitszeit bei 40 Stunden pro Woche. Vieles hat sich seit den 1970er-Jahren geändert: Die Arbeitnehmer:innen arbeiten in der gleichen Zeit mehr. Davon profitieren die Unternehmen! Durch die stetig steigenden Leistungen der Beschäftigten wachsen die Profite. Bei der Normalarbeitszeit hat sich im letzten halben Jahrhundert aber im Gesetz nichts Positives für die Arbeitnehmer:innen verändert. Im Gegenteil: Mit der Einführung der 60-Stundenwoche gab es einen Rückschritt ins vorige Jahrhundert.

Es wird Zeit, dass auch alle Beschäftigten davon profitieren, dass Jahr für Jahr in jeder Arbeitsstunde noch mehr geleistet wird. Es wird Zeit für eine Verkürzung der Arbeitszeit!

Mit Blick auf die gestiegene Produktivität und die wachsenden Profite muss das natürlich bei vollem Lohnausgleich erfolgen, also bei gleichbleibendem Lohn.

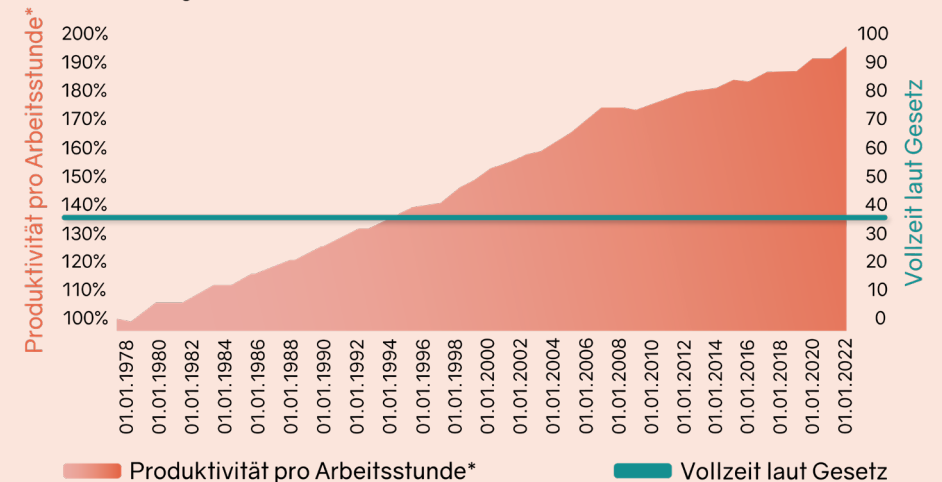
Arbeit ist wichtig.

Sie sorgt für Wohlstand und soziale Sicherheit, vielen Menschen gibt sie Struktur und Sinn im Leben. Trotzdem: Die Gesellschaft und auch die Wirtschaft haben sich weiterentwickelt. Mit einer kürzeren Normalarbeitszeit bleibt mehr Zeit für die Dinge, die im Leben wertvoll sind: Familie, Freund:innen, Freizeit, ehrenamtliches Engagement, Hobbys und nicht zuletzt Erholung und Entspannung. Das alles sorgt dafür, dass wir zufriedener sind, gesund bleiben und bis zur Pension arbeiten können.

Arbeitszeitverkürzung heißt aber auch: Die vor einigen Jahren von Schwarz-Blau eingeführte Möglichkeit für Arbeitgeber:innen, ihre Beschäftigten an einem einzigen Tag zwölf Stunden und in einer einzigen Woche 60 Stunden arbeiten zu lassen, muss wieder zurückgenommen werden!

Auch das grassierende Unwesen mit unredlichen All-In-Verträgen muss wieder abgeschafft werden. Denn: Die Arbeitnehmer:innen brauchen nicht noch mehr Stress und Druck, sondern definitiv weniger!

Verdopplung der Produktivität bei unveränderter Normalarbeitszeit
Entwicklung in Österreich seit 1977



Quelle: ESVG 2008/2010; Entwicklung der Produktivität pro Arbeitsstunde bzw. *bis 1994: Arbeitsproduktivität pro Kopf

WÄRE NUR FAIR: DIE SECHSTE URLAUBSWOCHEN!

Der Druck in der Arbeit wird immer größer. Viele in der Politik schauen dabei tatenlos zu. Dabei gibt es viele schnell umsetzbare Maßnahmen, die für Entlastung sorgen, wie etwa eine sechste Urlaubswoche für alle!

Seit vielen Jahrzehnten haben nur jene Arbeitnehmer:innen Anspruch auf sechs Wochen Urlaub, die seit mindestens 25 Jahren bei ein und demselben Arbeitgeber tätig sind. Heutzutage sind das aber nur noch die Allerwenigsten.

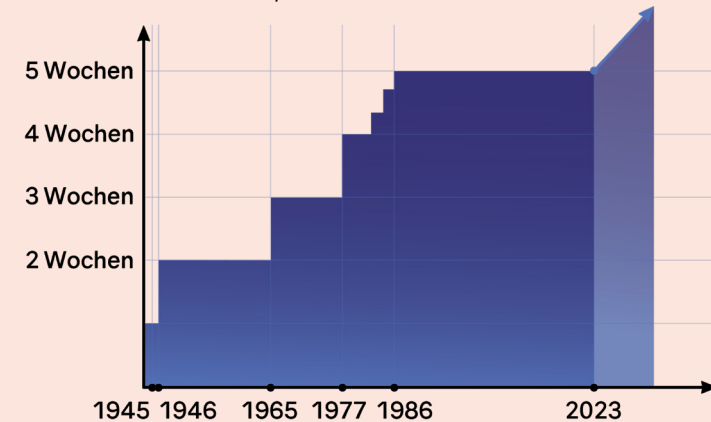
Die Arbeitsbelastung und der Arbeitsdruck sind jedoch für alle gleich, auch für jene, die erst ein, vier oder neun Jahre im selben Unternehmen arbeiten.

Darum brauchen alle Arbeitnehmer:innen möglichst rasch den Anspruch auf eine sechste Urlaubswoche! Das bringt mehr Freizeit, mehr Erholung und weniger Druck für alle. Wenn Krankenstände sinken und Menschen gesund bis zur Pension arbeiten können, profitiert auch die Volkswirtschaft davon.



6. Urlaubswoche für alle, jetzt!

Urlaubsanspruch in Österreich im Zeitverlauf



Copyright © 2023 Österreichischer Gewerkschaftsbund

ARBEITEN UND SICH WEITERBILDEN. EIN DING DER MÖGLICHKEIT!

Immer wieder etwas Neues lernen, sich weiterentwickeln und sich bilden: das ist heutzutage gesellschaftlicher Anspruch geworden. Von Fortbildungen profitieren alle: die Arbeitnehmer:innen, die sie in Anspruch nehmen, und Arbeitgeber:innen, in deren Betrieben die neu gewonnenen Fähigkeiten dann angewendet werden. Umso wichtiger ist es, genügend Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung zu schaffen und den Beschäftigten, die diese Gelegenheit in Anspruch nehmen, Sicherheit zu geben – vor allem auch für Arbeitnehmer:innen mit geringeren Qualifikationen.

Darum muss die Einrichtung der Bildungskarenz neu gedacht und auf eine stabilere Basis gestellt werden – allem voran mit einem Rechtsanspruch darauf! Den Arbeitnehmer:innen mit Weiterbildungswunsch dürfen keine Prügel vor die Füße geworfen werden. Unternehmen dürfen sich auch in anderen Bereichen nicht vor ihrer Verantwortung zur Weiterqualifizierung ihrer Mitarbeiter:innen drücken! In den letzten zehn Jahren haben sie ihren Kostenanteil für Weiterbildungen massiv reduziert. Eingesprungen sind die Arbeitnehmer:innen, die ihre Qualifizierung selbst bezahlen.

Die berufliche Weiterbildung darf nicht weiterhin hauptsächlich von den Beschäftigten selbst und vom Staat finanziert werden. Eine wirksame Maßnahme dafür ist die Einrichtung eines von Unternehmen finanzierten Weiterbildungsfonds. Auch Arbeitslosigkeit darf

nicht weiter nur verwaltet werden! Vielmehr müssen Qualifizierungsmaßnahmen und ein höheres Ausbildungsgeld dazu führen, dass Menschen mit neuen Kenntnissen und Fähigkeiten wieder ins Arbeitsleben einsteigen können.



Ausgaben für Weiterbildung

Anteile von Staat, Arbeitsmarktservice, Betriebe, privaten Haushalten; nationale Berechnung; in Prozent

2018



2009



■ Staat
 ■ Arbeitsmarktservice
 ■ Betriebe
 ■ private Haushalte

© Institut für Höhere Studien

TEILZEITARBEIT UND ALTERSARMUT. RAUS AUS DER FALLE!

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient es, eine gute Pension zu erhalten, von der man nicht nur leben, sondern von der man sich ab und zu auch etwas gönnen kann. In den vergangenen Jahren hat sich die Regierung viel zu wenig darum gekümmert!

Die geblockte Altersteilzeit hat bislang dazu beigetragen, dass viele Arbeitnehmer:innen länger im Job bleiben und dadurch in vielen Fällen gesund in Pension gehen konnten. Gerade für Beschäftigte in besonders belastenden Berufen ist das wichtig. Auch zur Eindämmung der Altersarbeitslosigkeit hat die geblockte Altersteilzeit beigetragen. Trotzdem hat die ÖVP/Grüne-Bundesregierung sie abgeschafft! Sie wieder einzuführen, ist und bleibt unser Verlangen.

Und auch mit einer großen Ungerechtigkeit im Pensionssystem muss Schluss sein: Teilzeitarbeit wirkt sich sehr negativ auf die Pensionshöhe aus. Betroffen sind vor allem Frauen, weil sie immer noch überwiegend für die Bildung und Betreuung von Kindern, die Pflege von Angehörigen und andere unbezahlte, aber unverzichtbare Arbeit zuständig sind.

Aber auch viele Arbeitgeber:innen bieten Teilzeitbeschäftigten keine Vollzeitstellen an. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Abgeltung von Mehrarbeit, die von Teilzeitbeschäftigten geleistet wird, für Arbeitgeber:innen deutlich günstiger ist als die Abgeltung von Mehrarbeit von Vollzeitbeschäftigten (25 Prozent statt 50 Prozent Zuschlag). Das muss sich ändern!

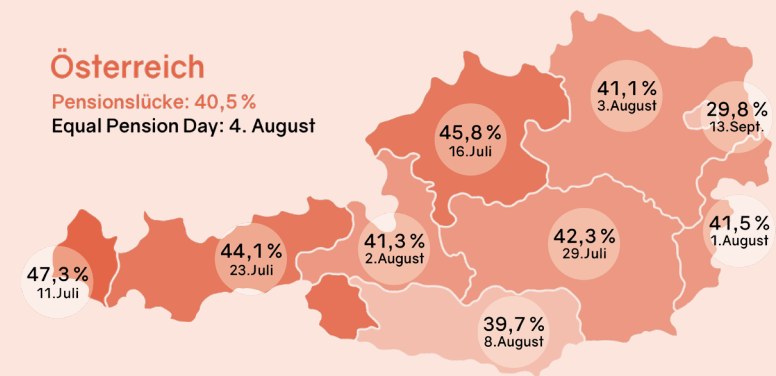
Dabei zeigt die Arbeitskräfteerhebung 2022 (Statistik Austria), dass 107.600 Teilzeitbeschäftigte gerne länger arbeiten würden. Auf die Höhe der Pension dieser Arbeitnehmer:innen hat das eine fatale Wirkung!

Wir fordern, dass auch Mitarbeiter:innen in Teilzeit bei Mehrarbeit einen 50-prozentigen Zuschlag erhalten müssen. Eine bessere Anrechnung der Arbeitszeiten und eine gute Absicherung gegen Armut sind dringend nötig!

ÜBERSTUNDEN

Rund 47 Millionen Mehr- und Überstunden, welche von den Beschäftigten im Vorjahr geleistet wurden, haben die Betriebe weder mit Geld noch mit Zeitausgleich abgegolten. Frauen sind davon stärker betroffen als Männer!

Gender-Pension-Gap & Equal Pension Day 2023



Quelle: Pensionsversicherung. Durchschnittspension Dezember 2022. Berechnung: MA 23 - Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien; Lesebeispiel: Oberösterreichs Pensionistinnen erhalten eine um 45,8 Prozent niedrigere Pension als Männer. Somit haben Pensionistinnen in OÖ bereits Mitte Juli (16.7.2023) summiert den Pensionsbezug erhalten, auf den Frauen erst mit Jahresende am 31.12.2023 kommen.

SCHWARZ AUF WEISS: GLEICHER LOHN FÜR GLEICHWERTIGE ARBEIT!

Löhne und Gehälter sind allzu oft gut gehütete Geheimnisse in Unternehmen. In vielen Fällen gibt es auch kein nachvollziehbares Gehaltssystem. Das führt dann dazu, dass die Entlohnungsstufen sehr unterschiedlich ausfallen können. Wenig überraschend sind es dann oft Frauen, die geringer bezahlt werden. Hier muss es

unbedingt Gegenmaßnahmen geben! Wären Unternehmen verpflichtet, jeden Lohn bzw. jedes Gehalt im Betrieb transparent zu machen, würde sich die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen rascher schließen!

Denn selbst wenn die Teilzeittätigkeiten herausgerechnet werden,

verdienen Frauen in Wien im Jahr 2023 immer noch um 11 Prozent weniger als Männer. Das ist zutiefst ungerecht! Verpflichtende Einkommensberichte mit der Transparenz aller Gehälter wären ein weiterer großer Schritt, um endlich tatsächlich gleiche Entlohnung zu erreichen!

Equal Pay Day

nach Bundesländern 2023



Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik 2021 (Dez. 2022); AK-ÖÖ-Berechnung. Basis sind Bruttojahreseinkommen ganzzahrig Vollzeitbeschäftigter. Auf volle Tage gerundet, abgerundet in Tirol und Vorarlberg. Lesebeispiel: In Vorarlberg beträgt der Einkommensnachteil der Frauen gemessen am Männereinkommen 24,7 Prozent. Frauen arbeiten statistisch nur 275 Tage "bezahlte" und 90 Tage "unbezahlte". Der EPD fällt in Vorarlberg auf den 03.10.2023.



***DEINE STIMME
FÜR DEINE
PRÄSIDENTIN***



STEUERGERECHTIGKEIT, DIE FÜR ALLE GILT

Steuern sind die Grundlage dafür, dass unser aller Leben funktioniert. Sie ermöglichen es, dass der Staat Gesundheitsversorgung, Bildung, Sicherheit und vieles andere für alle organisieren und finanzieren kann. Dazu müssen alle Menschen, die in Österreich leben, etwas beitragen. Dabei muss es aber gerecht zugehen!

Derzeit sind es die Beschäftigten, die den allergrößten Teil der Steuern leisten! Rund 80 Prozent des Steuerkuchens zahlen Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen. Aus Vermögen hingegen kommen aktuell nur knapp 1,4 Prozent des Steueraufkommens, aus Erbschaften – auch wenn sie Millionen betragen – kein einziger Cent.

Konzerne machen riesige Gewinne, verschieben diese aber in Steuersümpfe und tragen somit nichts zur öffentlichen Finanzierung bei. Das muss sich sofort ändern!

Wir brauchen endlich eine Millionärssteuer! Steuerzuckerl für multinationale Konzerne müssen abgeschafft und Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Es muss endlich Schluss damit sein, die Steuern für Großunternehmen ständig zu senken! Nur so kommen wir zu mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft und können das Auseinandergehen der Schere zwischen Arm und Reich stoppen.

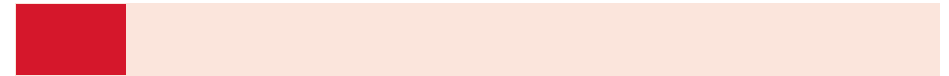


Die reichsten **10 %**
der Gesellschaft

verfügen über



zwei Drittel des
Gesamtvermögens.



50 % der
Gesellschaft

teilen sich nur



2,8 % des
Gesamtvermögens.



Quelle: Studie der Vermögenskonzentration in Österreich, AK 2020

DIE TEUERUNG ENDLICH STOPPEN!

Teuerung und Inflation sind kein Schicksal und kein Naturgesetz. Sie waren und sind belastend für alle Arbeitnehmer:innen – aber man kann sofort gegensteuern! Eine echte Mietpreisbremse, eine Deckelung der Kosten für Energie und das Aussetzen der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel würden nicht nur die Inflation einbremsen, sondern alle – ganz besonders die Beschäftigten – auch ganz unmittelbar entlasten.

Gerade in Österreich war und ist die Inflation besonders hoch. Auch andere europäische Länder kämpfen gegen die Teuerung. Im Gegensatz zur österreichischen Bundesregierung haben aber die Regierungen vieler anderer Staaten gegengesteuert.

So hat beispielweise Spanien die Steuern auf Nahrungsmittel gesenkt und den Anstieg der Mieten gesetzlich eingedämmt. In Frankreich hat die Regierung Strom- und Gaspreise gedeckelt, in Portugal wurden ebenfalls die Steuern auf Grundnahrungsmittel ausgesetzt!

Die punktuellen Entlastungen der österreichischen Bundesregierung reichen nicht, um die massive Teuerung langfristig abzufedern! Was die Menschen im Land jetzt dringend brauchen, sind echte Preisbremsen und eine vernünftige und faire Gegenfinanzierung. Die Regierung muss sich das Geld von den wenigen Superreichen holen, nicht von den Vielen!

DER PLAN GEGEN ————— DIE TEUERUNG



TRENNUNG VON GAS- UND STROMMARKT!

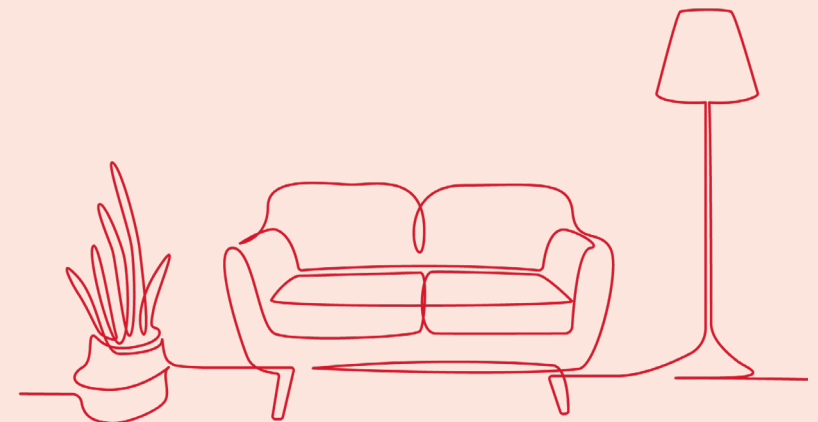
Wir haben eine Gasmarktkrise, die immer mehr auch zur Strommarktkrise wird, denn die Preise hängen zusammen. Weil der Strompreis für den größten Teil der Inflation verantwortlich ist, ist eine Trennung von Strom- und Gaspreis ein wirkungsvolles wirtschaftspolitisches Instrument, um sie zu dämpfen. Die Bundesregierung muss rasch eine systemische Lösung vorlegen und umsetzen, denn kleine Reformen bringen uns nicht weiter! Ein Gaspreisdeckel muss dringend eingeführt werden und der Strompreisdeckel so lange erhalten bleiben, bis die Inflation wieder auf Normalwert gesunken ist.

ÜBERGEWINNE ABSCHÖPFEN STATT EINSTECKEN!

Es ist eine Frage der Fairness, krisenbedingte Übergewinne abzuschöpfen und den Verbraucher:innen zurückzugeben. Denn während sich die Kosten für die Erzeugung von erneuerbarem Strom und die Gewinnung von Erdgas und Erdöl kaum verteuert haben, sind die Verkaufspreise trotzdem explodiert. Die Profiteur:innen müssen zur Finanzierung der Energiepreisdeckel herangezogen werden! Es kann nicht sein, dass Unternehmen weiterhin Rekordgewinne in Milliardenhöhe auf Kosten der Allgemeinheit erzielen!

WOHNEN WIEDER LEISTBAR MACHEN!

Die Reform des Mietrechts ist längst überfällig. Bis es dazu kommt, müssen die Mieterhöhungen begrenzt werden, und zwar in allen Mietvertragsformen. In privaten Mietverhältnissen sind Mieter:innen oft besonders den Vermieter:innen ausgeliefert. Mieten dürfen nicht öfter als ein Mal im Jahr und nur um maximal zwei Prozent erhöht werden – auch rückwirkend für 2022! Zu viel Wohnraum steht leer und dient nur der Spekulation. Damit muss Schluss sein: ganz Österreich braucht eine Leerstandsabgabe! Damit diese wirkt, muss sie der Bund sie in einer relevanten Höhe beschließen oder die Länder müssen die Abgaben selbst einheben können. Dazu muss der Bund den Ländern in dieser Frage mehr gesetzliche Kompetenzen übertragen!



FAMILIEN ENTLASTEN, ARBEIT NEU VERTEILEN!

Nach wie vor sind es Frauen, die in der Familie und im Privaten die Mehrfachbelastung schultern. Nach wie vor stecken sie beruflich zurück, um Angehörige zu pflegen, sich um Kinder, Familienorganisation und Haushalt zu kümmern. Da bleibt dann oft gerade noch Zeit für einen Teilzeitjob, – mit entsprechend weniger Gehalt und entsprechend niedrigerer Pension.

Um diese gesellschaftlich immer noch vorherrschende Situation für Frauen zu verbessern und ihnen Chancen für Freiheit und Selbstbestimmung zu eröffnen, gibt es viele Ansatzpunkte:

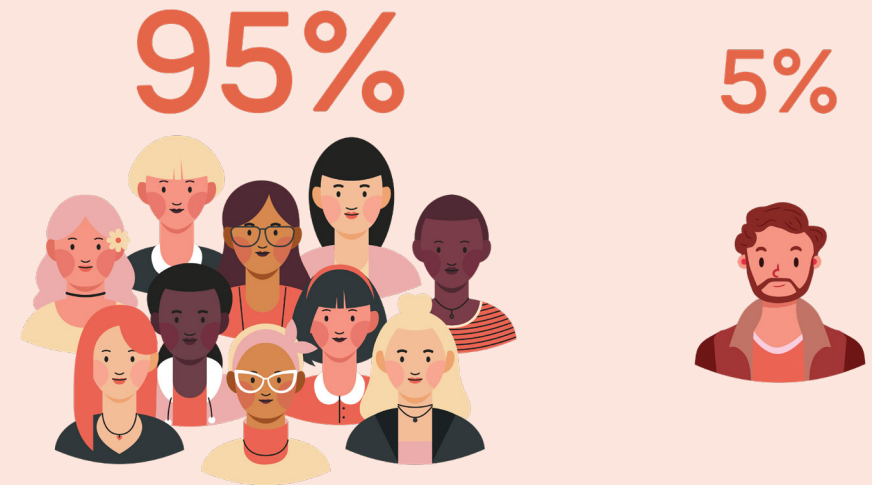
Der wichtigste Ansatz ist der Ausbau von qualitätsvollen und leistbaren Kinderbildungs- und betreuungseinrichtungen samt Rechtsanspruch darauf sowie die Sicherstellung von guten Pflegeangeboten.

Aber auch der weitere Ausbau des öffentlichen Verkehrs spielt eine Rolle, um Arbeitsstätten auch gut und flexibel erreichen zu können.

Wir verlangen ein (Familien-) Arbeitszeitmodell zu etablieren, in dem beide Elternteile weniger arbeiten, aber einen Teil des Entgelts ersetzt bekommen und so mehr Zeit für den Familienalltag bleibt. Ein solches Modell kann nicht nur viel zur Entlastung von Frauen beitragen, sondern auch althergebrachte Rollenmodelle aufbrechen.

Care-Arbeit zwingt Frauen in Teilzeitjobs

Rund 430.000 Menschen müssen wegen Betreuungspflichten in Teilzeitjobs arbeiten. 95 % davon sind Frauen.



Quelle: Mikrozensus 2022

**WIR BLEIBEN
KÄMPFERISCH
FÜR ALLE
BESCHÄFTIGTEN**



Schule
gegen
Vorurteile



KINDER UND JUGENDLICHE HABEN DIE BESTE ZUKUNFT VERDIENT!

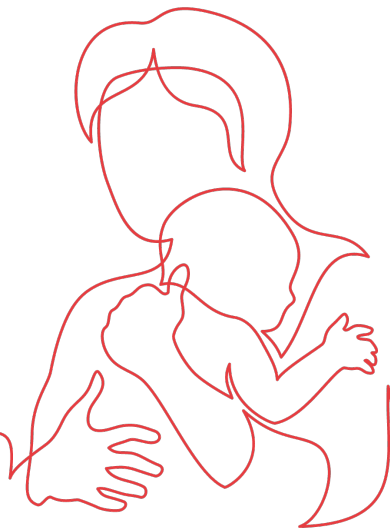
Von der Kinderkrippe bis zum Schul- oder Lehrabschluss: Wir müssen uns auf das Bildungswesen verlassen können. Einerseits haben unsere Kinder und Jugendlichen die beste Bildung und Ausbildung verdient. Aber auch Eltern und Erziehungsberechtigte müssen aus der Situation befreit werden, sie neben ihrer Berufstätigkeit die Lücken schließen müssen, die das Bildungssystem offenlässt.

Nachmittagsbetreuung, Ferienbetreuung, Nachhilfekosten und so weiter ... Das ist gerade in Zeiten der Teuerung für viele Familien nicht leicht zu schultern. Und es ist auch ungerecht!

Denn die Bildungschancen der Kinder dürfen nicht von der Geldbörse und den Möglichkeiten der Eltern abhängen.

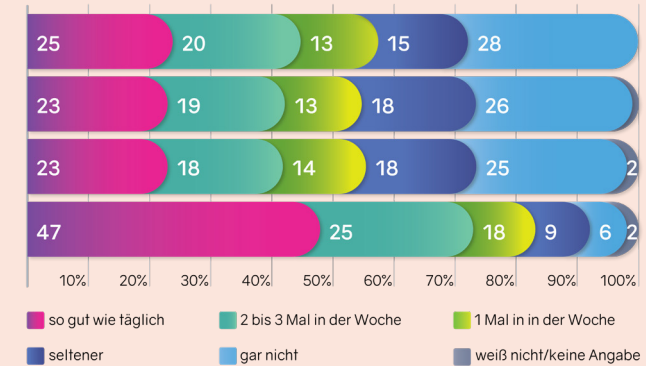
Eine Ganztagschule mit Lernunterstützung und Freizeitangeboten sorgt nicht nur für gleiche Bildungschancen aller Kinder, sondern entlastet die Eltern von „Schulaufgaben“.

Jeder Euro, der in Elementarpädagogik, Kinderbildung, Schulen und Lehrlingswesen investiert wird, zahlt sich doppelt aus: für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen und zur Entlastung der Eltern!



Lernunterstützung durch die Eltern

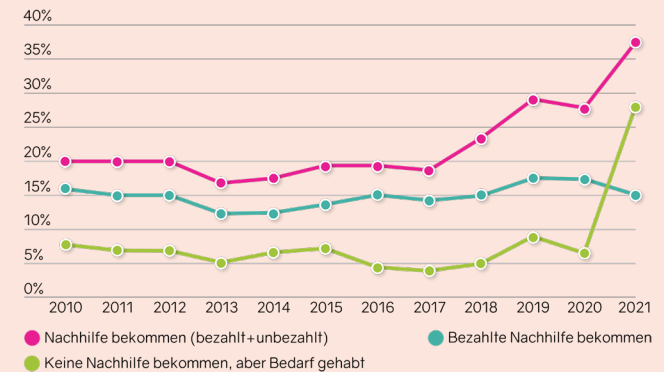
2018 - 2021, in Prozent



Quelle: 2021: Nachhilfemodul der AK-Schulkostenstudie; 2018-2020: AK-Nachhilfebarameter.

Teilnahme und Bedarf an Nachhilfe

2010 - 2021, in Prozent



Quelle: 2021: Nachhilfemodul der AK-Schulkostenstudie; 2010-2020: AK-Nachhilfebarameter.

LEISTBARES WOHNEN IST MÖGLICH!

Die Teuerung ist kein Schicksal, sondern muss entschlossen bekämpft werden. Die Bundesregierung weigert sich jedoch beharrlich, selbst die einfachsten Maßnahmen wie einen echten Energiepreisdeckel oder eine Mietpreisbremse umzusetzen, wie es Wien jetzt in Gemeindebauwohnungen gemacht hat. Wir fordern das von der Bundesregierung für alle Mietvertragsformen!

Denn die Wohnkosten sind in den vergangenen Jahren um mehr als ein Viertel angestiegen. Für die meisten Arbeitnehmer:innen belaufen sich die Wohnkosten mittlerweile auf über 30 Prozent des Haushaltseinkommens. Das muss sich dringend ändern, und zwar mit einer Mietpreisbremse: Maximal eine Erhöhung pro Jahr, maximal zwei Prozent und das für alle Mietverträge!

FAST JEDER MIETVERTRAG IST BEFRISTET.

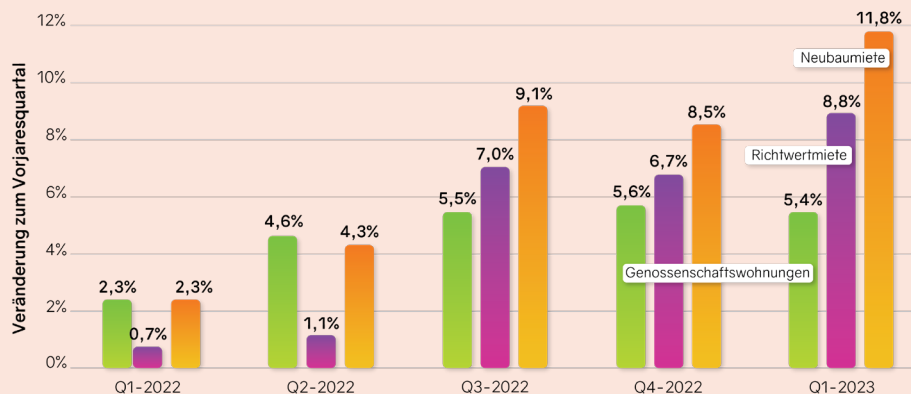
Die Mieten gehen durch die Decke. Hinzu kommt, dass fast jeder zweite privat bestehende Mietvertrag befristet ist – im Schnitt auf vier Jahre. Eine mit einer Vertragsverlängerung einhergehende Mieterhöhung macht Wohnen für immer mehr unleistbar.



Jeder zweite privat bestehende Mietvertrag ist befristet. Rund 690.000 Menschen leben in diesen befristet vermieteten Wohnungen.

Rekordanstieg der Mieten im ersten Quartal 2023

Obwohl Richtwerterhöhung bislang noch kaum inkludiert ist



Quelle: Mikrozensus eigene Berechnung

690.000 Menschen leben in diesen befristet vermieteten Wohnungen.

50 % wohnen zu dritt oder mit noch mehr Personen im Haushalt, also fast immer Familien mit Kindern.

4 Jahre ist die durchschnittliche Dauer der befristeten Verträge.

Daher:

BEFRISTETE MIETVERTRÄGE ABSCHAFFEN UND MIETENDECKEL EINFÜHREN!



EIN GESUNDES GESUNDHEITSSYSTEM FÜR UNS ALLE!

Unser Gesundheitssystem steckt in einer Krise. Es gibt zu wenig Kassenärzt:innen und in den Spitälern und Pflegewohnhäusern fehlt das Personal. Immer mehr Pflegekräfte steigen aus ihrem Job aus. Allein im Jahr 2023 fehlten rund 1.000 Pflegekräfte und 200 Ärzt:innen in Wien aufgrund von Pensionierungen und Berufsausstieg wegen Überlastung.

Der systematischen Überlastung der Beschäftigten im Gesundheitssystem muss rasch entgegengetreten werden, sonst droht dem öffentlichen Gesundheitswesen ein Burn-out. Um die Arbeit im Gesundheitsbereich zu attraktivieren, hat die Stadt Wien zuletzt die Löhne und Gehälter des Personals angehoben. Ab 2025 kommt es in Wien zudem

durch Schaffung eines einheitlichen Arbeitszeitmodells zu einer Arbeitszeitverkürzung für viele tausende Bedienstete beim Gesundheitsverbund!

Mit einer Ausbildungsoffensive arbeitet die Stadt Wien auch verstärkt am so dringend benötigten Nachschub von Fachkräften.

Immer mehr Patient:innen sind gezwungen, den teuren Weg zu Wahlärztinnen und Wahlärzten zu beschreiten, denn ein Termin bei der Kassenärztin oder beim Kassenarzt setzt oft eine wochenlange Wartezeit voraus. Ein Ausweg aus dieser Entwicklung kann die Einrichtung von Erstversorgungszentren sein, wie es Wien aktuell vorzeigt.

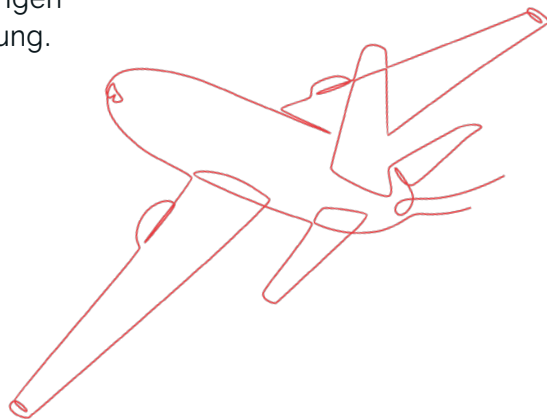
GUTES KLIMA SOZIAL GESTALTEN!

Wir alle spüren die Klimakrise und ihre Auswirkungen immer deutlicher. Und wir alle wissen, dass sich etwas ändern muss, wenn wir den Temperaturanstieg und die Wetterextreme eindämmen wollen. Aber auch bei der Bekämpfung des Klimawandels geht es um Gerechtigkeit! Alle müssen dazu beitragen, denn die Belastung, welche die Bekämpfung der Folgen der Klimakrise mit sich bringt, kann nicht von Einzelnen allein geschultert werden!

Zurzeit ist es so: Die reichsten zehn Prozent der Menschen verursachen ein Vielfaches an CO₂-Ausstoß im Vergleich zu den übrigen 90 Prozent der Weltbevölkerung.

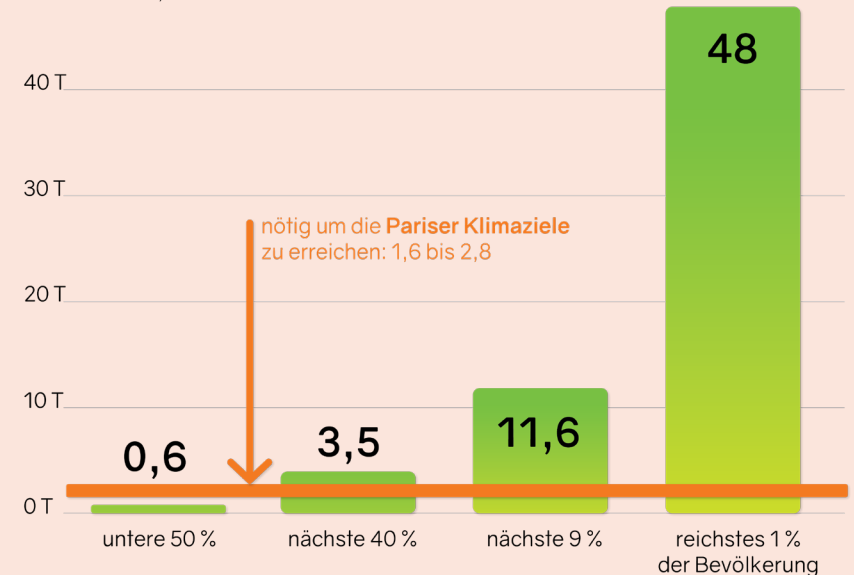
Noch schlimmer: Während sich der CO₂-Ausstoß von den „unteren“ 99 verringert, steigt jener vom reichsten Prozent weiter an. Das kann nicht so bleiben!

Verantwortungsloser Überkonsum, umweltbelastender Luxus und gedankenlose Flüge mit Privatjets dürfen nicht mehr auf der Tagesordnung stehen. Im Sinne der Vielen, die bewusst leben und aufeinander sowie das Klima Rücksicht nehmen, müssen hier scharfe gesetzliche Einschränkungen her.



Superreiche treiben die Klimakrise voran

CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr in Tonnen, weltweit



*DEINE STIMME
FÜR DEINE
PRÄSIDENTIN*

AK-VIZEPRÄSIDENT
Helmut Gruber

AK-VIZEPRÄSIDENTIN
Regina Assigal

AK-PRÄSIDENTIN
Renate Anderl

AK-VIZEPRÄSIDENT
Erich Kniezanrek

AK-VIZEPRÄSIDENTIN
Barbara Teiber

DAS STARKE TEAM DER FSG IN DER AK WIEN

SO LÄUFT DIE AK-WAHL AB

Es gibt zwei Möglichkeiten, wie man bei der AK-Wahl seine Stimme abgeben kann:

1. **direkt im Betrieb,**
2. **durch Briefwahl.**

Beides ist unbürokratisch und schnell erledigt. Das Wahlgeheimnis bleibt immer gewahrt. Die Wahlberechtigten erhalten alle Informationen zur Wahl von der Arbeiterkammer Anfang März 2024 per Brief.

Wer ist wahlberechtigt?

Automatisch wahlberechtigt ist, wer zum Stichtag 3. Jänner 2024 Mitglied der Arbeiterkammer ist, also wenn man zu diesem Zeitpunkt unselbstständig beschäftigt ist oder einen freien Dienstvertrag hat.

In dem Bundesland, in dem man arbeitet, ist man AK-Mitglied.

Zur Info: Wer zu diesem Stichtag Lehrling, geringfügig beschäftigt oder karenziert ist bzw. sich als Arbeitnehmer gerade im Zivil- oder Präsenzdienst befindet oder in den letzten zwölf Monaten arbeitslos wurde, kann sich in die Wähler:innenliste eintragen lassen. Das AK-Wahlbüro informiert darüber rechtzeitig schriftlich.

Keine österreichische Staatsbürgerschaft nötig! Bei der AK-Wahl in Wien dürfen alle wählen, die in Wien arbeiten. Der Reisepass ist egal.

Die wichtigsten Informationen zur Wahl erhalten alle AK-Mitglieder schriftlich per Brief vom AK-Wahlbüro: Wann und wo gewählt werden kann, wie und wann sie eine Wahlkarte erhalten und ob sie in die Wähler:innenliste aufgenommen werden können, wenn sie nicht automatisch wahlberechtigt sind.

WÄHLEN MIT BRIEF (BRIEFWAHL)

Wenn eine Wahl im Betrieb nicht möglich ist, wird den Mitgliedern Anfang April 2024 automatisch eine Briefwahlkarte zugeschickt. Mit dieser Briefwahlkarte kann die Wahlstimme kostenlos mit der Post verschickt werden. Achtung: Spätestens am 23. April 2024 muss die Wahlkarte bei der Post abgegeben werden.

Auch eine persönliche Stimmabgabe in einem der öffentlichen Wahllokale ist möglich, wo man mit Briefwahlkarte und einem amtlichen Lichtbildausweis wählen kann.

WÄHLEN IM BETRIEB

In vielen – meist größeren – Unternehmen wird direkt im Betrieb gewählt. Dazu werden Betriebswahlsprenkel eingerichtet. Sie können einen oder mehrere Betriebe umfassen. Innerhalb eines Sprengels kann es verschiedene Wahlorte und Wahlzeiten geben.

Darüber informiert das Wahlbüro der AK Wien Anfang März per Post.

Falls im Betrieb gewählt werden kann, erfahren die Beschäftigten erneut per Post Anfang April Ort und Öffnungszeiten. Auch der Betriebsrat bzw. die Personalvertretung kann informieren.

Ist man zum Zeitpunkt der Wahl im Betrieb verhindert, kann bis 07. April 2024 im AK-Wahlbüro eine Wahlkarte beantragt werden. Diese kann postalisch verschickt oder in einem öffentlichen Wahllokal abgegeben werden, nicht jedoch in einem Betriebswahllokal.

Mehr Informationen zur AK Wahl gibt es unter:
arbeiterkammer.at/wahl

Informiere dich über die Kampagne unter
www.fsg-akwien.at



Impressum:

Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen in der AK Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Fotos: Daniel Novotny, René Wallentin, Johannes Zinner, Alissar Najjar

Druck: ÖGB Verlag, 1020 Wien